

Kulturausschuss

(7. - öffentliche - Sitzung am 16. Februar 2018)

Beratungsthemen:

Außerhalb der Tagesordnung kam der Ausschuss überein, die Tagesordnung um den TOP 4 zur Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die „Stiftung niedersächsische Gedenkstätten“ zu ergänzen.

Außerdem billigte der Ausschuss den Antrag der FDP-Fraktion auf Unterrichtung durch die Landesregierung über den Verbleib einer jungen Frau, die zuletzt voll verschleiert bis zum Schuljahr 2016/17 eine Oberschule in Belm besucht hatte.

1. **Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Fachkräftemangel an Grundschulen**

Der Ausschuss billigte den Antrag einstimmig.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes** Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/168](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Gesetzentwurfs mit der Entgegennahme der Stellungnahme des Landesrechnungshofs und der Aussprache über die vorgeschlagenen Regelungen fort. Sodann schloss er die Beratung des Gesetzentwurfs ab und empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung durch der - mitberatenden - Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: GRÜNE, FDP, AfD
Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Lasse Weritz (CDU)

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (Nachtragshaushaltsgesetz 2018)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/231](#) neu

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und votierte gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen dafür, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: GRÜNE, FDP, AfD
Enthaltung: -

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die „Stiftung niedersächsische Gedenkstätten“**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 18/268](#)

Der Ausschuss führte die Beratung durch und empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf anzunehmen. Der Ausschuss diskutierte in diesem Zusammenhang die

Möglichkeit, zu dem Gesetzentwurf einen Änderungsantrag zum Februar/März-Plenum einzubringen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Christoph Bratmann (SPD)